

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsstellen monatlich 2 M., durch unsere Verkäufer zugerechnet in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 5 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Inserate und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitungs- oder Abzüge des Bezugspreises.



Inserentenpreis 2 M. für die 6-spaltige Kopfzeile über deren Namen, Rufnamen, die 2-spaltige Kopfzeile 1 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Zusatzaufträge im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Kopfzeile 2 M. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis vermittlungs 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Beitrag durch Fälschung eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gestellt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 66

Sonnabend den 18. März 1922.

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Auf Blatt 120 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Spar- und Vorschußverein zu Burkhardswalde, Aktiengesellschaft betr., ist heute folgendes eingetragen worden:

Die Firma lautet nach Beschluß der Generalversammlung vom 9. Februar 1922 künftig: Deutsch-Schweizerische Bank, Aktiengesellschaft.

Der Sitz der Gesellschaft ist von Burkhardswalde nach Berlin, Französische Straße Nr. 13/14, verlegt.

Die Generalversammlung vom 9. Februar 1922 hat die Erhöhung des Grundkapitals um neunmillionenneunhundertsechzigtausend Mark, in neuntausendneunhundertsechzig Aktien zu tausend Mark zerfallend, mithin auf zehnmillionen Mark, beschlossen.

Der Gesellschaftsvertrag vom 24. Februar 1918 ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 9. Februar 1922 laut Notariatsprotokoll von demselben Tage auch in anderen Punkten abgeändert worden.

Der Vorstand Paul Reichelt in Burkhardswalde ist ausgeschieden.

Die Prokura des Privatmanns Moriz Wilhelm Dröing ist erloschen.

Zu Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt

a) der Bankdirektor Hans Bloeger,

b) der Bankprokurist Robert von Paderberg,

beide in Berlin.

Diese sind nur berechtigt, die Firma der Gesellschaft gemeinsam zu zeichnen.

A Reg. 37/22 Sächsisches Amtsgericht Wilsdruff, am 15. März 1922.

**Der Frühjahrsmarkt** findet Sonntag den 19. März d. J. von mittags ab und Montag den 20. März statt.

Wilsdruff, am 9. März 1922. Der Stadtrat.

## Öffentl. Mahnung zur Zahlung der Reichseinkommensteuer.

Steuerpflichtige, denen die für das Rechnungsjahr 1920 endgültig festgesetzte Steuer-schuld bekanntgegeben worden ist, die aber die Erfüllungsbeträge noch nicht begahlt haben, werden hiermit aufgefordert, den rückständigen Steuerbetrag binnen 8 Tagen zu bezahlen.

Die gleiche Aufforderung ergeht hiermit an die Steuerpflichtigen, die mit der 1., 2., 3. oder 4. Rate der vorläufigen Reichseinkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 noch im Rückstande sind.

Eine besondere schriftliche Mahnung erfolgt nicht, vielmehr wird nach Ablauf von 8 Tagen das Vollstreckungsamt beauftragt werden, die dann noch rückständigen Steuerbeträge zwangsweise einzuziehen.

Wilsdruff, am 16. März 1922. Der Stadtrat.

## Kartoffelversorgung.

An hiesige Einwohner, die nachweislich ohne Borräte sind und an der Wochenversorgung nicht teilnehmen, können kleinere Mengen Kartoffeln abgegeben werden. — Meldungen zum Bezuge am 20. März im Zimmer 2. — Der Tag der Abgabe wird besonders bekanntgegeben.

Wilsdruff, am 16. März 1922. Der Stadtrat.

**Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.**

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die Reichstagskommission hat in einer Note an die deutsche Regierung Beschwerde über angebliche deutsche Widerstände in Entwaffnungsfragen erhoben.

Die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsorganisationen über Erhöhung der Arbeiterlöhne im Reichsdienst haben zu einer Einigung geführt.

Der interalliierte Kriegsrat in Paris hat die Fortsetzung der militärischen Kontrolle über Deutschland auf acht Jahre vorgeschlagen.

Das griechische Kabinett ist unter dem Vorsitz von Sunaris neu gebildet worden.

Sultan Fuad von Ägypten hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach Ägypten ein unabhängiger souveräner Staat wird und der Sultan den Titel König von Ägypten annimmt.

Im Kampfe mit den englischen Regierungstruppen hat sich Nordburrig, das letzte Johannesburger Bollwerk der südafrikanischen Revolutionäre ergeben.

## Sparfamkeit!

In Zeiten ruhiger geschäftlicher Entwicklung, in denen alle Dinge ihren feinen Wert haben und behalten, und in denen vor allem das Geld als einziges staatliches Zahlungsmittel den unveränderlichen Wertmesser für jede Handelsware bildet, läßt sich der Bestreben und die Erwerbssamkeit des Einzelnen sowohl wie auch größerer oder kleinerer Körperschaften, ja zuletzt des ganzen Staatswesens mit großer Sicherheit überblicken und voraus berechnen. Das bietet ganz von allein einen starken Anreiz dafür, durch ein sorgfames Abwägen der Einnahmen und der Ausgaben eine allmähliche Verbesserung und Hebung des Bestandes herbeizuführen, kurz mit einem Worte, durch eine kluge Sparfamkeit die Früchte jeder wirtschaftlichen Betätigung ausreizen zu lassen und zu vermehren. Ganz anders scheinen aber auf den ersten Blick die Dinge zu liegen, wenn keinerlei fester Maßstab für den Wert der verschiedenen Arten von Gütern und Leistungen mehr vorhanden ist, und wenn vor allem, wie wir es jetzt seit Jahren erleben, die staatlichen Zahlungsmittel fortwährenden Schwankungen unterworfen sind und die notwendigen Lebensbedürfnisse einer unaufhaltsamen Preissteigerung ausgesetzt sind. Ein bekannter humorvoller Schriftsteller hat kürzlich einmal berechnet, wenn er das gesamte Gehalt, welches er während einer zehnjährigen Friedensdienstzeit als Oberleutnant in der österreichischen Armee bezog, bis auf den letzten Heller erspart hätte, er jetzt in der Lage sein würde, für diese Summe 1/2 der Schweiz eine ganze Flasche onkändigen Wein zu trinken. Niemand wird lächerlich finden, daß dieser Mann klug getan hätte, sein ganzes Geld zu sparen, von dem er in den bewußten zehn Friedensjahren, in denen er es ausgab, wahrscheinlich mehr gehabt hat.

Nicht unähnlich liegen die Verhältnisse vielfach auch bei uns in Deutschland, und Politiker und Volkswirtschaftler haben schon oft auf die Gefahr hingewiesen, die darin liegt, wenn die unter heutigen Verhältnissen so oft mehr mißhelos als ganz korrekt erworbenen großen Vermögen möglichst rasch in allerlei mehr oder weniger notwendige und nützliche sogenannte Sachwerte umgesetzt, d. h. mit anderen Worten einfach sinnlos verschwendet werden, nur, weil der Besitzer der vielen Tausendmarktscheine sich sagt, daß diese Papiere ihm über kurz oder lang nur noch einen viel geringeren Wert bedeuten als im Augenblick. Das trägt natürlich dazu bei, die Preise noch weiter in die Höhe

zu treiben und damit den Wert des Geldes immer weiter herabzubringen. Gerade weil die deutsche Währung augenblicklich und voraussichtlich noch eine ganze Zeitlang eine sehr kritische Periode durchzumachen hat, ist es um so notwendiger, daß wenigstens wir selbst, und zwar sowohl im Staate als im Privatleben, nicht noch zur Verschärfung dieser Krise beitragen. Der Teil, an welchem wir überhaupt einen Einfluß auf die Festigung und Befundung unseres Finanzwesens haben, ist zwar gering genug, darf aber keinesfalls zu der Forderung führen, daß es nun eigentlich kaum noch darauf ankomme, ob wir angesichts des schon bestehenden und für die Zukunft noch zu erwartenden Milliardenstromes, der von uns ins Ausland flieht, die paar Tropfen sorgsam sparen und bewirtschaften, die uns von unserem früheren Reichtum noch verbleiben.

Bedenke Zeiten bringen leicht eine sogenannte großzügige Wirtschaft mit sich, die immer das Gegenteil von gründlicher Sparfamkeit bedeutet. Das ist auch im Deutschen Reich eingetreten, dessen Apparat sich in den letzten Jahren stark vergrößert hat. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl Deutschlands haben wir heute zweifellos ein übermäßig großes Heer von Beamten und nicht beamteten Kräften im Dienste des Reiches, der Länder und der Gemeinden, die, da für jeden selbstverständlich ein zum Leben ausreichendes Gehalt bezahlt werden muß, eine außerordentliche Belastung für unser Budget bedeuten. Deshalb ist auch gegenwärtig das Problem einer Verringerung dieser Kosten durch einen sinngemäßen Abbau des Verwaltungsapparates wieder einmal in den Brennpunkt der politischen Erörterung gerückt. Auf Grund der Abmachungen beim Steuerkompromiß will die Reichsregierung gemeinsam mit den großen Parteien bekanntlich eine Organisation einrichten, an deren Spitze ein eigens für diesen Zweck ernannter Minister stehen, und die versuchen soll, den kostspieligen Regierungs- und Verwaltungsapparat auf das kleinste zulässige Maß zurückzuführen. Man denkt in erster Linie an die Zusammenlegung einiger Ministerien, die früher Teile des Reichsministeriums des Innern waren, jetzt aber als Wirtschaftsministerium, Arbeitsministerium und Ernährungsministerium besondere Behörden bilden. Ferner will man alle Aufmerksamkeiten darauf richten, bei neuen gesetzgeberischen Maßnahmen erst einmal nachzuprüfen, ob der Ertrag auch wirklich der aufgewendeten Arbeit entspricht, oder ob die Einkünfte nicht größtenteils durch die zu ihrer Erlangung notwendigen Verwaltungskosten aufgezehrt werden. Der heftigste Kampf um das Reichsmietengesetz und um die Streikdemontage erklärt sich zum großen Teil daraus, daß in diesen beiden Fällen erhebliche Bedenken in der Hinsicht geltend gemacht worden sind, daß die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen fast ebenso teuer zu stehen kommt, als die von ihnen zu erwartenden Einnahmen ausmachen würden.

Angesichts der riesigen Kosten, die wir für die Abdeckung unserer Reparationsverpflichtungen und vor allem für die besonders sinnlose Verschwendung bei den Bewaffnungsarbeiten und den Kontrollkommissionen in Deutschland aufzubringen haben, bedeuten Ersparnisse im inneren Etat zwar keine wirklich durchgreifende Hilfe. Aber sie sind der einzige Punkt, bei dem wir aus eigener Kraft einmal einen Anfang machen und versuchen können, das weitere Hinabsinken auf der schiefen Ebene aufzuhalten, auf der wir sonst unweigerlich österreichischen oder gar russischen Zuständen entgegengehen. Schon die nächsten Wochen werden im Reichstage zeigen, ob Regierung und Parteien die ausreichende Entschlußkraft dafür besitzen.

## Genua am 10. April.

Die offizielle Mitteilung der italienischen Regierung.

Die italienische Regierung läßt sich durch das endlose Hin und Her von Meinungen und Wünschen über den Termin oder gar den Ausfall der Konferenz von Genua nicht irre machen. Sie hat ihre Einladungen verschickt und hält an dem einmal gewählten Termin fest.

Der italienische Botschafter in Berlin hat eine Note der italienischen Regierung überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die Genueser Konferenz endgültig auf den 10. April festgesetzt worden ist.

Man ist sich natürlich auch in Berliner politischen Kreisen darüber klar, daß bis zum 10. April noch mancher Zwischenfall eintreten kann, der auch dieses Programm möglicherweise wieder umwirft. Lloyd George gibt sich allerdings gegenwärtig große Mühe, auch den amerikanischen Präsidenten Harding wieder umzustimmen und ihn zur Teilnahme an der Konferenz zu veranlassen und die englische und die italienische Regierung sollen gemeinsam mit den Neutralen fest entschlossen sein, die Konferenz abzuhalten. Von London aus sollen auch bestimmte Richtlinien nach einigen neutralen Hauptstädten und Berlin gesandt worden sein, die sich auf den englischen Standpunkt zum allgemeinen europäischen Wiederaufbau beziehen. Im übrigen aber wird man abwarten müssen.

## Verlängerung der Militärkontrolle?

Englisch-französische Meinungsverschiedenheiten.

Die Franzosen versuchen wieder einmal, den Friedensvertrag in einer für uns ungunstigen Weise umzubiegen. Die Dauer der höchst überflüssigen aber um so kostspieligeren Kontrollkommissionen soll über die Zeit, in der sie überhaupt etwas zu tun haben, hinaus verlängert werden. In der Botschafterkonferenz in Paris hat es darüber eine Debatte gegeben. Die Franzosen schlagen vor, die Kontrolle noch acht Jahre lang

aufrechtzuerhalten. Die Engländer waren dagegen. Der Italiener Graf Sforza machte einen Vermittlungsvorschlag: Die Kontrolle wird acht Jahre aufrechterhalten, aber wenn Deutschland Weise der Lokalität liefert, kann die Kontrolle aufhören; alsdann bleibt nur die Bewachung übrig, die nach Artikel 213 des Friedensvertrages allein der Völkervereinigung ausüben kann. Wenn Deutschland, ohne Schwierigkeiten zu machen, darauf einginge, dann will England als Entschädigung die sofortige Räumung der drei rheinischen Kohlenhäfen vorschlagen. Das wäre für uns wieder ein böser Handel, denn die Befreiung der Rheinhäfen ist ohnehin rechtswidrig und muß ohne Gegenleistung aufgehoben werden.

## Drei freie Ministerstellen.

Von unserem künftigen Mitarbeiter.)

Berlin, 16. März.

Im Reichstage sind die Besprechungen zwischen dem Kanzler und den Parteiführern über die Durchführung der beim Steuerkompromiß vereinbarten Richtlinien aufgenommen worden. Die Volkspartei ist in aller Form eingeladen worden, an diesen sogenannten interfraktionellen Sitzungen teilzunehmen, woraus der Schluß gezogen wird, daß auch die Frage der Regierungserweiterung besprochen werden soll. Das liegt um so näher, als gegenwärtig drei Ministerposten zu besetzen sind. Das Wiederaufbauministerium ist schon